

Antrag

**der Abgeordneten Roland Heintze, Barbara Ahrons, Dietrich Rusche,
Michael Fuchs, Olaf Ohlsen, Dittmar Lemke (CDU) und Fraktion**

Betr.: Zusammenlegung der Landesmedienanstalten

Jedes der vier sich im Sendegebiet des Norddeutschen Rundfunks befindlichen Bundesländer verfügt derzeit über eine eigene Landesmedienanstalt. Diese werden überwiegend aus einem zweiprozentigen Anteil der Rundfunkgebühren finanziert. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Gebührenerhöhung vom 1. April 2005 sollte auch in diesem Bereich über mögliche Effizienzsteigerungen nachgedacht werden. So könnten durch eine stärkere Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten und letztlich durch deren Zusammenlegung Kosten gesenkt und Ressourcen besser genutzt werden. Das regt auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Schleswig-Holstein an. Ein gut funktionierendes Beispiel bieten die Bundesländer Berlin und Brandenburg, die als eine Metropolregion mit der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) eine gemeinsame Landesmedienanstalt unterhalten.

In der Protokollerklärung aller Länder zu § 10 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag zum 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird empfohlen, die bestehenden Strukturen der Landesmedienanstalten zu überprüfen. Gerade die Landesmedienanstalten aus Hamburg und Schleswig-Holstein haben in der Vergangenheit bereits vielfach erfolgreich kooperiert. Hier bestehen praktisch also schon Ansätze, die es zu vertiefen gilt. Eine engere Zusammenarbeit, bis hin zu einer Fusion mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein erscheint sinnvoll.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, bis Ende 2005

- die Chancen für eine stärkere Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten und letztlich für deren Zusammenlegung aufzuzeigen und der Bürgerschaft Möglichkeiten für deren Realisierung darzulegen;
- zu prüfen, wie bei einer möglichen Fusion die Sockelbeiträge aus der derzeitigen zweiprozentigen Mittel-Zuweisung an die Länder beibehalten werden können;
- ergänzend der Bürgerschaft Vorschläge für eine engere Kooperation unter den norddeutschen Bundesländern in den Bereichen Filmförderung und Medienausbildung zu unterbreiten.